

4. Corveyer Hoffmann-von-Fallersleben-Rede

Marianne Birthler

1. Mai 2005

- es gilt das gesprochene Wort -

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

die Einladung, die diesjährige Hoffmann-von-Fallersleben-Rede zu halten, hat mich geehrt und mit Freude erfüllt. Ich danke herzlich dafür und freue mich, meine Gedanken mit Ihnen teilen zu dürfen.

Sie wissen, dass mein tägliches Geschäft als Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen von der Vergangenheit geprägt ist. Ich gestehe aber offen, dass meine Leidenschaft nicht der Vergangenheit gilt. Um der Gegenwart und der Zukunft willen mühen wir uns ab, Vergangenes zu rekonstruieren, die Welt und uns Menschen besser zu verstehen und klüger zu werden.

Auf dreifache Weise möchte ich deshalb auch meinen heutigen Beitrag mit Erinnerungen an historische Daten verknüpfen: mit dem Jahr 1945, mit der 15 Jahre zurückliegenden demokratischen Revolution in der DDR und mit der heute vor einem Jahr erfolgten Erweiterung der Europäischen Union.

In wenigen Tagen gedenken wir des Kriegsendes und des 60. Jahrestags der Befreiung Europas vom Nationalsozialismus. Bereits heute vor 60 Jahren, am 1. Mai 1945, war der Krieg für die meisten Menschen in Europa vorbei. Doch um das Überleben musste weiter gekämpft werden. Hunger, Kälte und Krankheiten, Vertreibung und die verzweifelte Suche nach vermissten Angehörigen bestimmten von nun an auf lange Zeit den Alltag in den vom Krieg verwüsteten Regionen Europas. Auch wenn viele Menschen das damals anders empfanden, verdient es der 8. Mai 1945, als Tag der Befreiung gewürdigt zu werden, auch in den Teilen Europas, in denen die Freiheitshoffnung unzähliger Menschen wenig später bitter enttäuscht wurde: die Rede ist von Ostdeutschland und den Ländern Mittel- und Osteuropas.

Das Datum 8. Mai ist überall in Europa Anlass, der Menschen zu gedenken, die zu Opfern nationalsozialistischen Terrors und des Holocaust wurden. Gedacht wird auch der Millionen schuldiger und unschuldiger Opfer des Krieges.

All dies gilt natürlich auch für die Deutschen. Sie jedoch dürfen es nicht bei Trauer und Gedenken bewenden lassen. Es war in all den Jahren seit 1945 zugleich auch immer mit seiner Verantwortung für Krieg, Verfolgung und Völkermord konfrontiert. Die

Auseinandersetzung der Deutschen mit ihrer Schuld wurde zum Teil über Jahrzehnte verweigert, manchmal aber auch in offenem Konflikt ausgetragen. Jugendliche klagten ihre Eltern, ihre Lehrer und Professoren an. Ehemalige Häftlinge und Angehörige Ermordeter mussten erleben, dass ihre Peiniger und Richter noch in Amt und Würden waren, während den Opfer erst spät, manchmal zu spät Genugtuung und Rehabilitation widerfuhr. Der Widerstand der Deserteure wurde bis heute nicht gewürdigt.

Immer neue Wellen von Fragen, Anklagen und Erinnerungen erschütterten das Land, verlangten nach Antwort und Aufklärung und stießen nicht selten auf Verweigerung und Verdrängung. Bis heute werden immer neue Schichten des Erinnerns freigelegt und fordern neue Diskussionen heraus.

Die Deutschen und ihr Verhältnis zu ihrer Vergangenheit dürfte inzwischen ein fast ebenso populäres Forschungsthema sein wie die Vergangenheit selbst. Auch die Aufarbeitung muss irgendwann aufgearbeitet werden.

Ganz anders verlief die Geschichte in der sowjetischen Besatzungszone bzw. in der DDR. Der Anspruch der DDR, ein wahrhaft antifaschistischer Staat zu sein, wurde in mancher Weise eingelöst. Ich wuchs heran mit Dutzenden von spannenden Kinderbüchern, in denen aufrechte Menschen von den Nazis verfolgt und in denen ebenso aufrechte und mutige Widerstandskämpfer, die fast ausnahmslos Kommunisten waren, furchtlos dem Feind trotzten und einander die Treue hielten. Das mag eine zu einfache Welt gewesen sein, aber sie ermöglichte Identifizierungen mit den Opfern politischer Gewalt und mit Figuren des Widerstands – nicht das schlechteste in der Welt eines Kindes.

Erst viel später wurde mir klar, dass diese Art der Aufklärung mehr als einen Haken hatte: Erstens war nichtkommunistischer Widerstand zwar nicht vollständig, aber weitgehend ausgeblendet.

Zweitens fand – zumindest in den fünfziger und sechziger Jahren, in denen ich die Schule besuchte – der millionenfache Mord an den Juden allenfalls am Rande Erwähnung.

Drittens gab es in der DDR der offiziellen Lesart zufolge keine Nazis mehr, weil diese entweder ihrer gerechten Strafe zugeführt worden waren oder sich rechtzeitig in den Westen gerettet hatten, wo sie angeblich hochwillkommen waren.

Viertens war die Bevölkerung der DDR exkulpiert: Per Dekret war sie zum Alleinerben der Opfer und Widerstandskämpfer erklärt worden. Ralph Giordano nannte dieses Phänomen, das nur ab und zu durch interessante Filme oder Bücher durchbrochen wurde, zutreffend „verordneter Antifaschismus“. Da es in der DDR keine Mitläufer oder Täter gab, erübrigte

sich jegliche Debatte zu Fragen von Schuld oder Verantwortung. Der ideologisch überformte Antifaschismus der DDR sah die individuelle und schmerzhaft Auseinandersetzung darüber nicht vor. Wie hätte man auch in der zweiten deutschen Diktatur offen und öffentlich über die erste Diktatur nachdenken und diskutieren sollen? Gegenmodell zur Nazidiktatur war der Sozialismus, basta. Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit standen dagegen unter Generalverdacht. Hitler war zum Westdeutschen geworden¹.

Für den Westen gilt, dass das Verhältnis der Deutschen zum Nationalsozialismus und zum Krieg zur entscheidenden Codierung für ihr Selbstverständnis als Nation, für ihr emotionale Haltung zum eigenen Land und für das Verhältnis zu anderen Ländern wurde.

In der DDR war es dagegen weniger die Frage nach der Vergangenheit, die die geistigen Lager voneinander trennte. Dort, wo Menschen in privaten Zirkeln miteinander diskutierten oder stritten, ging es vielmehr um die Gegenwart, um das Verhältnis zu Staat und SED einerseits und zum Westen andererseits. Warum sollte man über die Nazizeit und den Krieg streiten, wo doch alles längst geklärt war? Viel relevanter war die Frage „Wie hältst Du's mit der DDR?“. An ihr erkannte man Freund oder Feind.

In einer Rede zu Ehren von Hoffmann von Fallersleben bietet es sich an, die Frage nach dem Selbstverständnis eines Volkes mit der nach seiner Nationalhymne zu verknüpfen.

Nachher werde ich es mit Ihnen singen, das „Lied der Deutschen“. Aber das versteht sich nicht von selbst. Wenn ich in den letzten Jahren bei verschiedenen Gelegenheiten aufgestanden bin, um in die Nationalhymne einzustimmen, sah ich mir auch immer dabei zu: Schau an, da stehst Du und singst dies Lied, und nicht einmal ungern – schon gar nicht gezwungenermaßen. Wer hätte das gedacht!

Bis zu meinem 40. Lebensjahr gab es eine andere Hymne:

Auferstanden aus Ruinen
Und der Zukunft zugewandt,
Laß uns dir zum Guten dienen,
Deutschland, einig Vaterland.

Wie alle anderen Kinder meiner Generation in der DDR hatte ich den Text in der Schule gelernt. Die letzte Zeile der 2.Strophe „dass nie eine Mutter mehr ihren Sohn beweint“ fand ich damals zum Weinen schön. Doch nur die älteren kennen den Text noch.

Seit Anfang der 70er war in der Öffentlichkeit ausschließlich die instrumentale Fassung zu hören. Es heißt, dass Willy Brandt dem Vorsitzenden des Ministerrats der DDR, Willy

Stoph, der darauf bestand, dass es zwei deutsche Staaten gäbe, öffentlich vorgehalten hatte, dass es doch sogar in der DDR Hymne heiße „Lass uns dir zum Guten dienen, Deutschland einig Vaterland“². Aber „Deutschland einig Vaterland“ – das war inzwischen unsag- und unsingbar geworden.

Eine gespenstische Angelegenheit, denn was soll man von einem Land denken, dass eine Hymne hat, deren Text nicht gesungen werden darf? Auf eine absurde Weise passte dies aber auch zum real existierenden Sozialismus. Nationalhymnen sind Symbol der Gemeinsamkeit, beschwören verbindende Erfahrungen und verpflichten auf das gemeinsam als wertvoll erachtete. Darüber öffentlich nachzudenken und dafür eine gemeinsame Sprache zu finden, war in der DDR weder möglich noch erlaubt.

Doch, um mit Biermann zu reden: Was verboten ist, das macht uns gerade scharf. Und so lebte auch der Text der Nationalhymne unterirdisch weiter. Ich zum Beispiel sang ihn als Katechetin meinen Christenlehrekindern vor.

Das würde ich heute wohl nicht mehr tun. Weniger, weil die Becher-Hymne - literarisch gesehen - alles andere als eine Meisterleistung war. Das hatte sie mit vielen anderen Hymnen gemein. Schwerer wiegt die Nachbarschaft zu anderen Texten von Johannes R. Becher aus den 50er Jahren, die in der späteren DDR aus nahe liegenden Gründen schamhaft verschwiegen wurden:

*Seht! ber Stalins Grab die Taube kreist,
Denn Stalin: Freiheit – Stalin: Frieden heißt!
Und aller Ruhm der Welt wird Stalin heißen!
Lat uns den Ewig-Lebenden lobpreisen!*³

Um die DDR-Hymne ist es also nicht schade. Wegen der unerträglichen Nähe zum Stalin-Kult und weil sie die Hymne eines Staates war, der seine Bürger schikanierte und einsperrte, hunderttausende von ihnen verfolgte und in vierzig Jahren Millionen Menschen Richtung Westen aus dem Lande trieb.

Damit, dass ich – ebenso wie meine politischen Freunde - dieser Hymne mitsamt dem dazugehörigen Staat keine Trne nachweine, ist aber noch nicht alles zum Thema DDR gesagt. Vom Abschied von der DDR bis zur Ankunft im vereinten Deutschland brauchte ich meine Zeit. Für meine bis weit in die neunziger Jahre reichende Zurückhaltung gegenüber den Symbolen der Bundesrepublik Deutschland hatte ich meine Gründe, auch dafür, sie irgendwann aufzugeben.

Heute vor 15 Jahren, im Frühjahr 1990, war ich noch DDR-Bürgerin, und zum ersten Mal in meinem Leben war ich es gern. Hinter uns lag der Herbst 1989 und eine friedliche und demokratische Oktober-Revolution, in deren Folge die Mauer gefallen war. Die vierzigjährige zweite deutsche Diktatur war am Ende, die SED war entmachtet, das Ministerium für Staatssicherheit existierte nicht mehr. Das noch wenige Monate zuvor apathische Volk der DDR erlebte eine nicht mehr für möglich gehaltene Blütezeit. Die Selbstermächtigung der Menschen in der DDR, die in dem wunderbaren Ruf „Wir sind das Volk“ ihre Formel fand, führte zu einer Explosion von Energie, Hoffnung und Ideen. So vieles, wovon wir geträumt und wofür meine politischen Freunde und ich gekämpft hatten, war Wirklichkeit geworden. Wir waren frei, nicht nur in dem Sinne, dass uns die Mauer nicht mehr gefangen hielt, sondern auch als Bürgerinnen und Bürger, die soeben in freien und geheimen Wahlen ihr Parlament gewählt hatten.

Dieses grandiose Ergebnis der Revolution wurde keineswegs dadurch geschmälert, dass das gerade erst gewählte Parlament den Auftrag hatte, den Weg zur Deutschen Einheit zu ebnen und sich damit überflüssig zu machen. Die Einheit, ein Jahr zuvor für die meisten Deutschen noch unvorstellbar, war längst zur unumstrittenen Perspektive geworden. Über den Weg dahin gab es freilich sehr verschiedene Meinungen. Der Streit darum wurde zum bestimmenden Thema der Volkskammerwahlen vom 18. März 1990.

Ich selber gehörte zu denen, die vor dem Weg in die deutsche Einheit „ihr Haus bestellen“ wollten, will sagen: Das Volk der DDR sollte sich nach unseren Vorstellungen nicht besinnungslos in die Deutsche Einheit stürzen, sondern sich eine demokratische Verfassung geben, um dann als demokratisches Subjekt in Augenhöhe mit der Bundesrepublik Deutschland über den Weg zur Einheit zu verhandeln.

Wir hatten die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Der Wahlabend des 18. März zeigte, dass die Mehrheit des DDR-Volks anderes im Sinn hatte. Sie wählte die Parteien, die den schnellsten Weg in die Einheit versprachen, auch wenn diese noch unverkennbare Spuren der DDR-Blockparteien trugen. Für die Bürgerbewegungen und die aus ihnen hervorgegangenen Sozialdemokraten der DDR war dies eine tiefe Kränkung.

Die Mehrheit der Wähler orientierte ihr Wahlverhalten sowieso längst an den bundesdeutschen Parteien und vertraute dem unbedingten Ja Helmut Kohls zur Deutschen Einheit verständlicherweise mehr als den eher unfrohen Berechnungen zu den Kosten der deutschen Einheit, die Oskar Lafontaine anstellte. Doch die aus der DDR-Opposition hervorgegangenen jungen demokratischen Kräfte der DDR trugen das ihre zu diesem für sie traumatischen Wahlergebnis bei. Wofür sie eintraten, wurde entweder nicht verstanden

oder stand dem Wunsch der Mehrheit nach unverzüglicher Herstellung der deutschen Einheit entgegen.

Paradoxerweise fiel den meisten der bis zuletzt in der DDR verbliebenen Dissidenten, zu denen ich gehörte, der Abschied von der DDR nicht ganz leicht. Unsere Bindung an die DDR war allerdings ganz anderer Art als bei denjenigen, die als ehemalige Führungseliten oder Profiteure des Systems in der Deutschen Demokratischen Republik den zwar leider misslungenen, aber aller Ehren werten Versuch eines besseren Deutschland sahen.

Wir hatten uns jahre- oder jahrzehntelang an der DDR gerieben. Die tägliche Auseinandersetzung, das ohnmächtige Leiden an den Begrenzungen fixierten uns auf die DDR. Widerspruch und Widerstand sowie unsere dissidentische Kultur waren zu einer Art von Heimat geworden. Wir opponierten, nicht selten mit erheblichem Risiko, gegen den real existierenden Sozialismus und bestanden darauf, im Land zu bleiben, anstatt wie viele unserer Freunde in den Westen zu gehen.

Zu erfahren, dass Freunde, politische Weggefährten, sich entschlossen hatten, in den Westen zu gehen, war immer wieder eine schmerzliche Angelegenheit. Nie wurde die Begrenztheit unseres Lebens so deutlich. Jemand, dem wir vertrauten, verließ das gemeinsame Leben. Uns machte der Abschied zu schaffen, wir wussten, dass wir wieder etwas schwächer werden würden, vor allem aber wurde uns mit jedem neuen „Antragsteller“ schmerzlich bewusst, dass wir nicht nur Gefangene, sondern freiwillig Gefangene waren. Längst gab es eine Umkehrung der Beweislast: Argumente musste nicht haben, wer ging, sondern wer blieb.

Um dem Schmerz zu entgehen oder ihn wenigstens zu lindern, neigten wir dazu, unser Bleiben in der DDR moralisch zu überhöhen. Bleiben zeugte in unseren Augen von Stärke, von Verantwortungsbewusstsein und Standhaftigkeit, wohingegen Weggehen das Zeichen von Schwäche, ja von Egoismus war. Wir merkten nicht einmal, wie selbstgerecht wir uns den „Ausreisern“ gegenüber verhielten, die doch nichts anderes getan hatten, als jene Rechte für sich in Anspruch zu nehmen, für die wir uns seit Jahren und nicht ohne Gefährdungen einsetzten.

Am Thema Ausreise wird beispielhaft klar, welche neurotisierende Wirkung geschlossene Gesellschaften haben können – selbst auf jene Teile der Bevölkerung, die sich von den politischen Verhältnissen distanzieren.

Im Unterschied beispielsweise zu Solidarnoc oder zur Charta 77 konnten die Oppositionellen der DDR nie für sich in Anspruch nehmen, für die Mehrheit der

Bevölkerung zu sprechen oder zu handeln. Einer der Hauptgründe lag in der hunderttausendfachen Abwanderung von Menschen, die das demokratische Deutschland dem Leben in der DDR vorzogen, anstatt im Lande zu bleiben und zu opponieren. Für einen kurzen Moment der Geschichte, in dem die Mehrheit der DDR-Bürger sich einig darin war, dass sie den real existierenden Sozialismus satt hatte, waren sich DDR – Opposition und Bevölkerung so nah wie nie zuvor. Doch nach diesem Intermezzo von 1989, in dem die Oppositionellen zweifellos eine bedeutsame Rolle spielten, waren sie im Frühjahr 1990 wieder zu einer kleinen und wenig einflussreichen Minderheit geworden. Dabei könnte man es bewenden lassen.

Ich möchte aber doch noch ein Weilchen bei diesem Thema bleiben. Nicht, um alte Geschichten und alten Streit aufzuwärmen und rechthaberisch auf längst überholten Positionen zu bestehen, sondern weil ich davon überzeugt bin, dass die Gründe für die heute oft beklagten deutsch-deutschen Animositäten teilweise auch im Jahr 1990 zu suchen sind.

Zum Zeitplan der deutschen Einheit gab es keine Alternative. Die Ostdeutschen wollten weder eine erneuerte DDR noch waren sie willens, lange Übergangszeiten zu akzeptieren. Längst hatten auch die Vertreter der DDR-Bürgerbewegungen ihr Ja-Wort zur Einheit gegeben.

Aber sollte der Erfolg der letzten Monate, sollte das endlich erwachte bürgerliche Selbstbewusstsein zu nichts anderem taugen als zum Treibstoff für die schnelle Fahrt in die Einheit? Nein, dafür waren wir nicht auf die Straße gegangen. „Kein Anschluss unter dieser Nummer“ war unser Kommentar zum Artikel 23 des Grundgesetzes, auf dessen Grundlage die Volkskammer den Beitritt zum 3. Oktober 1990 beschloss. In der gleichen aufrechten Haltung, mit der wir die Diktatur abgeschüttelt hatten, wollten wir auch in das gemeinsame Deutschland gehen. Die Idee des Beitritts hatte in unseren Augen dagegen keine Würde. Wir plädierten für die Wahl einer gemeinsamen verfassungsgebenden Versammlung und dafür, dass sich das deutsche Volk, Artikel 146 des Grundgesetzes folgend, in allgemeiner Abstimmung eine eigene Verfassung gibt.

Auch wollten wir nicht mit leeren Händen im vereinten Deutschland ankommen. Das meint nicht, dass vermeintliche Errungenschaften der DDR in das vereinigte Deutschland hinüberzuretten gewesen wären. Vielmehr war der beachtliche Reformstau, in dem sich die Bundesrepublik Ende der 80er Jahre befand, durch die deutsche Frage zwar in den Hintergrund getreten. Spürbar war er dennoch. Und der Vereinigungsprozess bot eine viel versprechende Möglichkeit, diesem Stau zu Leibe zu rücken und überfällige Reformen

anzugehen. Darauf ist leider verzichtet worden. Nicht nur, dass wir es heute, 15 Jahre später, vielleicht etwas leichter hätten. Ich bin auch davon überzeugt, dass es den deutsch-deutschen Befindlichkeiten gut getan hätte, wenn den Westdeutschen durch die deutsche Einheit nicht nur Kosten entstanden wären, sondern wenn sie erlebt hätten, dass durch sie spürbare politische Entwicklung in Gang gesetzt worden wäre.

Roman Herzog hat sich in der ersten Hoffmann-von-Fallersleben-Rede ausführlich zur Bedeutung von Staatssymbolen geäußert, vor allem betonte er, dass der Nutzen von Staatssymbolen davon abhängt, wie es um unser Verhältnis zum Staat, zu unserem Volk und zur deutschen Nation bestellt ist. Das heißt, und hierin stimme ich ihm unbedingt zu, es gibt ein inneres Verhältnis zwischen dem Verhältnis eines Volkes zu sich und zur eigenen Geschichte einerseits und den Staatssymbolen andererseits.

Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland markierte 1949 nicht nur den Beginn eines demokratischen Gemeinwesens, sondern auch die Abkehr von Diktatur, Gewalt und Krieg. Und auch die jahrelangen Diskussion um die Nationalhymne der Deutschen waren geprägt von der Frage, ob dies im „Lied der Deutschen“ hinreichend zum Ausdruck käme, wobei es nicht darum ging, wie Fallersleben sein Gedicht gemeint oder nicht gemeint haben könnte. Vielmehr ließ der Text sich einfach nicht mehr ablösen von der Geschichte, weshalb insbesondere die erste Strophe des Liedes für uns unsingbar geworden ist. Ich kenne ehrenwerte Personen, für die dies bis heute auch für den verbliebenen Teil des Liedes gilt.

Doch wenn es so ist, dass die Erfahrungen eines Volkes und sein Bild von sich selbst ihre Entsprechungen auf der symbolischen Ebene brauchen, stellt sich doch die Frage, warum die einschneidenden Erfahrungen der Jahre 1989 und 1990 keinerlei Auswirkungen auf die Symbolik des deutschen Staates hatten. Man kann einwenden, dass eine gemeinsame neue, vom Volk verabschiedete Verfassung faktisch nichts verändert hätte, zumal zu erwarten gewesen wäre, dass eine solche Verfassung sich nicht wesentlich vom bewährten Grundgesetz der Bundesrepublik unterschied. Doch darum, eine ganz andere Verfassung zu haben, wäre es ja gar nicht gegangen. Vielmehr wäre mit einer gesamtdeutschen, vom Volk verabschiedeten Verfassung sinnfällig geworden, dass das deutsche Volk die Herstellung der deutschen Einheit als Zäsur würdigt und willens ist, diesen Prozess gemeinsam zu gestalten. Wer die symbolische Wirkung eines solchen Plebiszits unterschätzt, unterschätzt damit zugleich die Bedeutung von Staatssymbolen überhaupt. Oder anders gesagt: Ein Volk, auf dessen Staatssymbole einschneidende Veränderungen wie das Ende einer Diktatur und die Herstellung der deutschen Einheit keine

Auswirkungen haben, muss sich fragen lassen, ob diese Symbole überhaupt irgendeine Bedeutung für es haben.

Damit komme ich auf den Ausgangspunkt meiner Überlegungen zurück, also auf mein Verhältnis zu unserer Nationalhymne. So wie sich auf dem Weg in die Deutsche Einheit die Frage nach einer neuen Verfassung stellte, wurde in Kreisen der DDR-Bürgerbewegung auch Überlegungen zu einer neuen, gemeinsamen Hymne angestellt.

Das hatte erstens wohl mit dem Verhältnis der Ostdeutschen zum Deutschlandlied selbst zu tun: Die Diskussionen der Bundesrepublik und ihre allmähliche Annäherung bzw. Wiederannäherung an deren dritte Strophe waren entweder an uns vorbeigegangen oder hatten uns nicht betroffen.

Zweiter und womöglich wichtigerer Grund war die Vorstellung, dass eine neue Nationalhymne ein deutliches Zeichen dafür sein würde, dass nicht nur der Osten vor einem Neuanfang steht, sondern das ganze Land.

Drittens aber gab es in der so genannten Kinderhymne von Bertolt Brecht einen sehr interessanten Vorschlag. Bevor ich Ihnen den Text dieser Hymne vortrage, den manche von Ihnen gewiss längst kennen, ist eine Vorbemerkung nötig: Brecht nannte den Text „Kinderhymne“. Dies aber erst, als er sie in einer Sammlung von Kindergedichten veröffentlichte. Ursprünglich hatte Brecht im Jahre 1949 mit ihr den ersten Entwurf für eine Nationalhymne der DDR vorgelegt. Die SED aber zog den Entwurf des Staatsdichters Johannes R. Becher dem von Brecht vor. So unverstündlich dies nachträglich erscheint, hat es der Brecht'schen Hymne das Schicksal erspart, zur Hymne der DDR und damit zur Begleitmusik von Mauerbau, kommunistischer Ideologie und politischer Unterdrückung zu werden.

1. Anmut sparet nicht noch Mühe,
Leidenschaft nicht noch Verstand,
daß ein gutes Deutschland blühe
wie ein andres gutes Land.
Daß die Völker nicht erbleichen
wie vor einer Räuberin,
sondern ihre Hände reichen
|: uns wie andern Völkern hin. :|

2. Und nicht über und nicht unter
andern Völkern wolln wir sein

von der See bis zu den Alpen,
von der Oder bis zum Rhein.
Und weil wir dies Land verbessern,
lieben und beschirmen wir's,
und das Liebste mag's uns scheinen,
|: so wie andern Völkern ihrs. :|

Soweit also Bertolt Brechts zum Thema Patriotismus, zum Verhältnis der Deutschen zu ihrem Land und zu ihrem Verhältnis gegenüber anderen Völkern. Ein bis heute durchaus brauchbarer Kommentar auch in aktuellen Debatten.

Im übrigen folgen sowohl Fallerslebens Lied der Deutschen als auch Bechers DDR-Nationalhymne, Brechts Kinderhymne und sogar die „Ersatzhymne“, Beethovens „Ode an die Freude“ dem selben Versmaß, sind also in Text und Melodie beliebig miteinander austauschbar. Das reizt zu Experimenten, zum Beispiel dazu, den Brecht-Text auf die Beethoven-Melodie zu singen: eine reizvolle Kombination.

Der Gedanke einer neuen Hymne stieß 1990 auf wenig öffentliche Resonanz. Auf „Wir sind das Volk“ folgte „Wir sind ein Volk“. Das musste als Identitätsbestimmung fürs erste reichen und wollte beides erst einmal verwirklicht werden.

Lieber Heinrich Hoffmann von Fallersleben! Dafür, dass mir der Brecht -Text näher liegt als die dritte Strophe Ihres Liedes, bin ich Ihnen nicht nur die Erklärung schuldig, die ich eben versucht habe zu geben, sondern auch meine herzliche Bitte um Verständnis. Auf dieses aber kann ich sicher hoffen, denn Sie haben es ja längst gemerkt: Der Brecht-Text bezieht sich in seinen Sprachbildern und seiner Wortwahl auf Ihr Deutschlandlied, aber doch nicht als Gegen-Text zu Ihrem Liebeslied auf Deutschland, sondern als Polemik gegen die Sinngebung, der Ihr Lied im 20. Jahrhundert ausgesetzt war und auch heute noch ist.

Jede Zeile seines Liedes spricht davon, dass Brecht Ihre Liebe zu Deutschland teilt. Und es muss ganz einfach in Ihrem Sinne sein, dass Brecht die Augen vor dem Schrecken nicht verschloss, den Deutschland über andere Völker gebracht hat, und dass er nichts sehnlicher wünscht, als dass niemand beim Gedanken an Deutschland vor Angst erbleicht.

Ebenso einverstanden wären Sie damit, dass er – charmant, aber entschieden - die Ausdehnung Deutschlands aktualisiert: von der See bis zu den Alpen, von der Oder bis zum Rhein. Lieber Herr von Fallersleben, es würde Sie schütteln, wenn sie gehört hätten, in welchem Geist Ihr „von der Maas bis and Memel“ manchmal gesungen, ja gebrüllt wurde. Oder die Zeile „Deutschland, Deutschland über alles“. Aus Ihrer Vision, die Sie angesichts

der absolutistischen Kleinstaaterei von einem vereinten, freiheitlichen Deutschland hatten, wurde maßlose Überhebung, und niemand konnte je wieder diese Zeilen hören, ohne an den Einmarsch der Wehrmacht erinnert zu werden.

Gut also, dass die Deutschen nach dem Ende des Krieges und der nationalsozialistischen Diktatur lieber schwiegen, als diese Zeilen zu singen. Die Verwandlung eines Liebeslieds an Deutschland in das aggressive Gegröle von SA-Leuten, Landsern und später Glatzköpfen war nicht mehr rückgängig zu machen. Auch die Ratlosigkeit angesichts einer unsingbaren Nationalhymne in den ersten Jahre der Bundesrepublik und später all die Unsicherheiten und Peinlichkeiten, die mit der Wiederzulassung der dritten Strophe verbunden waren – das muss schmerzhaft für jene Menschen gewesen sein, denen der ursprüngliche Geist des Deutschlandliedes nahe und wertvoll war.

Mutig ein neues Lied für das demokratische Deutschland zu erfinden, dazu konnte sich damals in der Bundesrepublik niemand verstehen. Hoffmann von Fallersleben hätte vielleicht dazu geraten. Oder selber eines geschrieben. Oder wäre erfreut und erleichtert gewesen wären angesichts des Brecht'schen Versuchs, ein neues Deutschlandlied zu schaffen, das die Motive und den ursprünglichen Geist seines Liedes aufnahm. Allerdings hätte Bertolt Brecht nicht im Traum daran gedacht, eine Nationalhymne für die Bundesrepublik Deutschland zu schreiben, in der er die Fortsetzung des Deutschen Reichs sah. Er hatte – wenn auch mit sozialistischem Vorzeichen - das ganze Deutschland „von der Oder bis zum Rhein“ im Sinn.

Auch wenn vierzig Jahre der Vorschlag gemacht wurde, dem vereinten Deutschland eine neue Hymne zu geben – ernsthaft auf der Tagesordnung stand diese Frage im Jahr 1990 nicht. Zu selbstverständlich war es für die einen, dass künftig nicht nur alle Gesetze, Ordnungen und Regeln der Bundesrepublik für das vereinigte Deutschland gelten müssten, sondern auch ihre Symbole. Zu verdächtig war den anderen, die eine neue Welle des Nationalismus und deutschen Größenwahns fürchteten, die Debatte über Staatssymbole wie Flaggen und Hymnen überhaupt.

Heute, weitere 15 Jahre später, stehen wir wiederum vor einer neuen Situation. Wer 1990 Angst vor großdeutschen Ambitionen hatte, ist eines besseren belehrt worden. Das vereinigte Deutschland ist zu einem starken und geachteten Mitglied der europäischen Familie geworden. Und wenn Völker Anlass haben, vor Angst zu erbleichen, richtet sich diese Angst auf ganz andere und sehr ernstzunehmende Gefahren.

Aber auch wer damals meinte, die Einheit der Deutschen sei per Einigungsvertrag herzustellen, sieht sich getäuscht. Die Deutschen leben noch immer in zwei verschiedenen

Welten, und anscheinend ist die mentale Kluft zwischen ihnen in den letzten Jahren eher tiefer als flacher geworden. Ganz zu schweigen von nach wie vor vorhandenen strukturellen, wirtschaftlichen, politischen, sozialen und kulturellen Differenzen.

Keineswegs neu, aber von neuer und interessanter Qualität erscheint gegenwärtig die Debatte um das Verhältnis der Deutschen zu sich selber und zum eigenen Vaterland. Meine Generation erlaubte sich lebhaftere Äußerungen dazu allenfalls im Jubel über sportliche Erfolge, insbesondere der deutschen Fußballnationalmannschaften. Diese Zeiten sind vorbei. Niemand schämt sich mehr, deutsch zu sein, und es ist kein Tabu mehr, das eigene Land zu lieben.

Ich mache für diese Veränderungen eine ganze Reihe von Gründen aus: Die heute aktiven Generationen waren 1945 kleine Kinder oder noch gar nicht geboren, sind also ohne persönliche Verantwortung für die Untaten der Nazis. Die Kinder der 68er Generation sind erwachsen geworden und beanspruchen ein eigenes Verhältnis zu ihrem Land. Patriotische Gesinnung wird reklamiert, um die Begriffe Vaterland oder Heimat nicht den Rechtsextremen zu überlassen. Die brennendsten Fragen der Gegenwart lassen sich – anders als in der Ära des Kalten Krieges – nicht mehr mit dem Nationalsozialismus in Verbindung bringen. Jüngere Ereignisse der deutschen Geschichte wie der 17. Juni, die Oktoberrevolution von 1989, der Mauerfall und die deutsche Einheit finden Eingang in die kollektive Erinnerung und erlauben einen positiven Zugang zur eigenen Geschichte. Je globaler Politik und Wirtschaft agieren und je durchlässiger die Grenzen werden, desto größer wird der Wunsch nach Heimat und Zugehörigkeit. Und schließlich verträgt sich ein notorischer Mangel an Selbstwertgefühl schlecht mit dem Bewusstsein, Teil der europäischen Familie zu sein, in der die anderen Familienmitglieder sich ihres Werts durchaus bewusst sind.

Es liegt eine große Chance darin, wenn sich demokratische Gesinnung, Freiheitsliebe, Achtung vor den Menschenrechten und Patriotismus miteinander verbinden, und ich bin sehr neugierig auf die Formen, in denen sich eine solche veränderte Haltung zum Land spiegeln wird. Werden neue Symbole gefunden? Werden die alten neu gefüllt?

Mit einer neuen Nationalhymne ist realistischerweise nicht zu rechnen. Wenn nicht einmal die tiefsten Einschnitte des letzten Jahrhunderts, das Jahr 1945 und das Jahr 1989/90 einen Anlass zur Revision boten, warum sollte es jetzt möglich sein? Reizvoll erscheint mir die Vorstellung dennoch. Nicht, weil es an der verbliebenen Strophe des Deutschlandliedes so viel auszusetzen gäbe. Im Gegenteil, der Dreiklang, mit dem sie beginnt, ist geradezu genial. Zur Freiheit, für Fallersleben von fundamentaler Bedeutung, haben die Deutschen

bekanntlich ein gemäßigtes Verhältnis. (Dazu Heinrich Heine: „Der Engländer liebt die Freiheit wie sein rechtmäßiges Weib. Er besitzt sie, und wenn er sie auch nicht mit absonderlicher Zärtlichkeit behandelt, so weiß er sie doch im Notfall wie ein Mann zu verteidigen. Der Franzose liebt die Freiheit wie seine erwählte Braut. Er wirft sich zu ihren Füßen mit den überspanntesten Beteuerungen. Er schlägt sich für sie auf Tod und Leben. Er begeht für sie tausenderlei Torheiten. Der Deutsche liebt die Freiheit wie seine Großmutter.“) Dass sich die Freiheit dank Fallersleben und dank der Tatsache, dass die ersten beiden Strophen des Liedes entfallen sind, nun in der allerersten Zeile der deutschen Nationalhymne finden, kann man nur als unverdienten und glücklichen Umstand bezeichnen, der einer gewissen Ironie nicht entbehrt.

Das dritte und jüngste Datum, dessen wir heute gedenken, ist der erste Jahrestag der Erweiterung der Europäischen Union um zehn Staaten, die meisten von ihnen Länder mit der Erfahrung jahrzehntelanger kommunistischer Fremdherrschaft. Was dies für das künftige gemeinsame europäische Geschichtsverständnis bedeutet, liegt noch im Ungewissen und hängt davon ab, ob darin die zweifache totalitäre Vergangenheit in Europa angemessenen Raum einnimmt.

Ich gestehe, dass ich, bevor ich mich auf diese Rede vorbereitete, nicht wusste, dass Europa eine offizielle Hymne besitzt, und dies schon seit zehn Jahren. 1985 wurde der letzte Satz der 9. Symphonie Ludwig van Beethovens von den Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union als offizielle Hymne der EU angenommen. Zwar gehört zu dieser Hymne aus Sprachgründen kein Text, doch wissen wir, dass Beethoven zu dieser Musik durch Schillers "Ode an die Freude" inspiriert. Eine europäische Hymne mit der Musik von Beethoven, inspiriert durch Schiller: für uns Deutsche ein Grund zur Freude.

Bleibt abzuwarten, ob diese Hymne internationalen Anlässen vorbehalten bleibt oder ob sie populär wird, was wiederum nur mit Text vorstellbar ist. So könnte die Hymne Europas zur Hymne der Europäer werden. Ich wäre gespannt auf die ersten Vorschläge für einen solchen Text.

Sorgen wir miteinander dafür, dass die Bürgerinnen und Bürger sich als Europäer fühlen und gute Gründe haben, ein gemeinsames Lied für sich zu wünschen und zu finden.

¹ Prof. Bernd Faulenbach

² So entgegnete Willy Brandt 1972 zum Beispiel Willi Stoph auf seine Aussage, es gebe zwei deutsche Staaten, mit: "Sie selbst singen doch in Ihrer Hymne von Deutschland, einig Vaterland."

³ Dem Ewig-Lebenden. Auf Stalins Tod. Von Johannes R. Becher in: „Neues Deutschland“, 7.3.1953